

mentreffen der Deputierten mit Erzherzog Johann – aus dem voreiligen Gehorsam eines österreichischen Beamten heraus, da der Erzherzog nicht eigens eine Einladung ausgesprochen hatte.<sup>3</sup>

Die wirtschaftliche Situation Liechtensteins verschlechterte sich in den nächsten Jahren, der Rheineinbruch 1846 verwüstete wertvolle Talflächen, die Kartoffelfäulnis im gleichen Jahr führte zu einer Hungersnot. Die Lage Anfang des Jahres 1848 verschlimmerte sich noch durch die Absatzschwierigkeiten und den Geldmangel der Industrie. Die für die Arbeiter aus Liechtenstein wichtigen Feldkircher Baumwollspinnereien Carl Ganahl und Peter Kennedy wurden im März 1848 vom Landgericht aufgefordert, die Arbeit nun ja nicht einzustellen, um nicht zu Exzessen Anlass zu geben.<sup>4</sup> Fehlerhafte Politik und wirtschaftliche Not bildeten die Rahmenbedingungen für die Ereignisse des Jahres 1848.

#### *Die Stadt und die Nachbarschaft*

Im Gefolge der Aufstände in Frankreich, Deutschland und Österreich wurde auch in Vorarlberg und in Liechtenstein die Forderung nach mehr Mitsprache und politischer Beteiligung laut. Eine Leitrolle kam in dieser Situation der Stadt Feldkirch zu. Dort heisse man sich statt «Herr» nunmehr «Bürger», wie Kreishauptmann Ebner bereits am 10. März in sein Tagebuch notierte. Am 15. März gewährte der österreichische Kaiser Ferdinand die Konstitution und Pressefreiheit, was vier Tage später in Vorarlberg bekannt wurde. Die Reaktion im Vorarlberger Unterland hielt Ebner fest: «Der Eindruck aufs gemeine Publikum war sehr kalt. Die meisten äusserten: wir sch... auf die Pressfreiheit! Man soll uns dafür Steuern abnehmen!»<sup>5</sup> In Feldkirch dagegen wurde das kaiserliche Patent mit Begeisterung aufgenommen und in den Protokollbüchern des Stadtmagistrats mit roter Umrandung und Unterstreichung besonders hervorgehoben.<sup>6</sup> Die Stimmung in der Stadt war ansteckend für die Nachbarschaft. Blieb es in Liechtenstein 1831 und 1840/41 noch bei Bittschriften, so kam es nun zu Unruhen. Eine politische Mitsprache wurde eingemahnt. «Auch wir wollen in Zukunft als Bürger und nicht als Untertanen behandelt sein», hiess es in der Forderungsadresse an den liechtensteinischen Fürsten Alois II. am 22. März 1848.<sup>7</sup> Nicht mehr ein anonymes «man», sondern ein aktives «wir» forderte selbstbewusst